



Stefan Hradil

Gibt es in Deutschland eine Unterschicht? Und wenn ja: Wie sollen wir sie nennen?

Stefan Hradil

Kurt Beck, der Parteivorsitzende der SPD, pflegt Interviews in strategischer Absicht zu geben. Mit dem Interview, das vor einigen Wochen die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ abdruckte, wollte er offenkundig eine gesellschaftspolitische Debatte über ein oft tabuisiertes Thema auslösen (und möglicherweise ein Überdenken eingefahrener sozialpolitischer Routinen einleiten). Die Debatte hat er erreicht. Sie dauerte Wochen lang. Aber Beck hat offensichtlich einen so wunden Punkt getroffen, dass Aufschreie von fast allen Seiten erfolgten. Nicht alle werden in seinem Sinne gewesen sein.

Welche Äußerungen haben diese allergischen Reaktionen hervorgerufen? Beck sagte unter anderem: „Es gibt viel zu viele Menschen in Deutschland, die keinerlei Hoffnung mehr haben, den Aufstieg zu schaffen.“ Und er fügte hinzu: „Manche nennen es ein ‚Unterschichten-Problem‘.“

Am Begriff „Unterschicht“ stießen sich CDU-Fraktionschef Volker Kauder und CSU-Wirtschaftsminister Michael Glos genau so wie Kurt Beckes Parteigenosse Sozialminister Franz Müntefering. Sie alle und viele andere mehr hielten den Begriff für diskriminierend, für eine Erfindung von „lebensfremden Soziologen“. Sie sind der Meinung: „Es gibt keine Schichten in Deutschland“ (Müntefering) und wollten allenfalls von „Menschen mit sozialen Problemen“ sprechen, „die es schwerer haben“.

Andere Politiker, auch aus der SPD, wie der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium Gerd Andres, hatten dagegen keine Bedenken, eine „Unterschicht“ zu erkennen und sie auch so zu nennen. Wolfgang Thierse setzte noch eins drauf, und meinte dazu lapidar: „Wir leben in einer Klassengesellschaft“. In der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf deren Ergebnisse sich Kurt Beck stützte, kommt der Begriff „Unterschicht“ allerdings genauso wenig vor wie der Begriff der Klasse. Hier wird vom „abgehängten Prekariat“ gesprochen.

Offenkundig bestimmten im Laufe der öffentlichen Debatte immer mehr die Rücksichtnahmen auf die vermuteten Interessen Betroffener und die politischen

Interessen der Diskutanten im Parteienstreit die Beiträge. Nicht selten wurden Meinungen ohne jede Kenntnis der jahrelangen sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnisse vertreten und mit den Begriffen belegt, die jeweils opportunistisch erschienen. Der Klarheit und Wahrheit der öffentlichen Information hat das bestimmt nicht gut getan.

Auch so kann der Zeitschrift *Gesellschaft.Wirtschaft.Politik* eine Aufgabe erwachsen. Manchmal wird politische Bildung auch notwendig, um die Flurschäden (sprich: die Begriffsverwirrung und den Wildwuchs mehr oder minder haltloser Meinungen) in Grenzen zu halten, die politische Debatten anrichten.

Aus der ausgeferten und zuletzt nur noch wirren Debatte ergeben sich m.E. wenigstens drei Fragenkomplexe.

Erstens: Was versteht man in den Sozialwissenschaften üblicherweise unter Klasse, Schicht und sozialer Ungleichheit?

Zweitens: Existieren in Deutschland Klassen, Schichten und soziale Ungleichheit nach Maßgabe der jeweiligen Definitionen? Insbesondere: Gibt es in Deutschland eine Unterschicht?

Und drittens: Sollten diese soziologischen Forschungsergebnisse auch mit den genannten soziologischen Begriffen in die Öffentlichkeit und in die Bildungseinrichtungen transportiert werden? Oder sollte man andere, möglicherweise weniger Anstoß erregende Begriffe wählen?

Im Folgenden möchte ich die beiden ersten Fragenkomplexe im Verbund beantworten, und zwar aus Sicht eines Soziologen, der glaubt, sich auf diesem Gebiet auszukennen. Ich habe dazu viele Jahre lang geforscht und ein Standardlehrbuch verfasst, das mittlerweile in der 8. Auflage vorliegt. Möglicherweise können diese Antworten zur Klärung beitragen. Auf die dritte Frage gibt es wohl keine Antwort, die mit wissenschaftlichem Anspruch formuliert werden kann. Aber meine Meinung dazu möchte ich zum Schluss schon vertreten.

Wenn von den knappen begehrten Gütern einer Gesellschaft (vor allem: von Geld, Bildung, Prestige und Macht) die Menschen je nach ihrer Stellung in gesellschaftlichen Gefügen mehr oder weniger viel erhalten, dann spricht man in den Sozialwissenschaften von sozialer Ungleichheit. Mit diesem soziologischen Begriff werden nicht nur (illegitime) soziale Missstände bezeichnet. Soziale Ungleichheit im sozialwissenschaftlichen Sinne (z.B. des Einkommens, der Macht oder des Prestiges) kann durchaus als legitim angesehen werden, weil sie z.B. aus einer höheren Qualifikation erwächst.

Selbstverständlich gibt es in Deutschland, wie in allen anderen Ländern, in diesem Sinne soziale Ungleichheit: Einkommensabstufungen, Vermögensdisparitäten, ungleiche Bildungschancen, Prestigerangordnungen, Machtgefälle etc. Viele soziale Ungleichheiten haben seit den 1970er Jahren zugenommen, so z.B. die Arbeitsmarktrisiken und die Einkommensungleichheit. Allerdings hält sich die Verschärfung der Einkommensdisparitäten nach sozialstaatlicher Umverteilung in Grenzen, wenn man sie mit anderen entwickelten Ländern vergleicht.

Es gibt in der Soziologie „weichere“ und „härtere“, oder auch: weitere und engere Definitionen „sozialer Schichten“. Als Schichten im weiteren Sinne werden in der Soziologie Gruppierungen bezeichnet, die jeweils ähnlich hohe Stellungen im Berufsleben einnehmen (bzw. arbeitslos sind) und entsprechend

hohe oder niedrige Einkommensstufen, Bildungsgrade und Prestigestufen aufweisen. „Schichten“ in diesem Sinne werden von Soziologen im Oben und Unten von Berufshierarchien, Qualifikationsgraden und Einkommensabstufungen recht willkürlich unterschieden. So findet man in der Literatur die Unterscheidung von drei, fünf oder mehr Schichten. Ihnen entsprechen nicht notwendigerweise „echte“, im Alltagsleben zweifelsfrei wieder erkennbare Gruppierungen.

Schichten in diesem Sinne „gibt es“ per definitionem, so lange es soziale Ungleichheit gibt. So lässt sich in jeder Berufshierarchie und in den entsprechenden Einkommensabstufungen z.B. eine Ober-, Mittel- und Unterschicht „nach informierter Willkür“ (Ralf Dahrendorf) unterscheiden.

Eben wegen der Willkür und der Lebensfremdheit dieser Unterscheidungen werden Schichten oft enger definiert. In dieser voraussetzungsvolleren, und deswegen sozial brisanteren Begrifflichkeit werden „Schichten“ jene Gruppierungen genannt, die auf Grund ähnlich hoher Berufsstellungen, Einkommensgrade und Bildungsstufen auch ähnliche Mentalitäten entwickeln, z.B. ein „typisches“ Arbeiterbewußtsein. Sofern es solche Mentalitätsunterschiede im Gefüge des Höher und Tiefer gibt, sind „Schichten“ im Alltagsleben durchaus kenntlich. Der Begriff „Schichten“ steht dann für soziokulturelle Verfestigungen sozialer Ungleichheiten.

Die „härtesten“ und engsten Definitionen sprechen erst dann von „Schichten“, wenn sich die soziale Stellung ihrer Mitglieder häufig „vererbt“, wenn u.a. schichtspezifische Mentalitätsunterschiede dazu führen, dass die Kinder in der Regel der gleichen Schicht wie ihre Eltern angehören. Diese Form der Verfestigung von Strukturen sozialer Ungleichheit widerspricht dem Anspruch moderner Gesellschaften ganz offenkundig, die doch beanspruchen „offene“ Gesellschaften zu sein.

Schichten im Sinne von Mentalitätsunterschieden und von Mobilitätsbarrieren gibt es in Deutschland durchaus. Die sozialen Milieus und die Lebensstile im sozialen Unten, in der Mitte und im sozialen Oben unterscheiden sich. Arbeiterkinder bleiben besonders häufig in der Arbeiterschicht. Und Elitenmitglieder rekrutieren sich besonders häufig aus der Oberschicht. Da an diesen Verfestigungen nachweislich soziale Mechanismen und nicht etwa nur Begabungsunterschiede mitwirken, widerspricht die Existenz sozialer Schichten im Sinne der „Statusvererbung“ dem Ideal einer chancengleichen Leistungsgesellschaft – auch dann, wenn sich ein gewisses Maß an Auf- und Abstiegsprozessen findet, wenn Übergangszonen zwischen Schichten auftreten und wenn Milieunterschiede innerhalb von Schichten zu beobachten sind.

Besonders problematisch ist es, dass sich seit einiger Zeit am unteren Rande und unterhalb der Berufshierarchie die Herausbildung spezifischer Mentalitäten beobachten lässt, vor allem unter Langzeitarbeitslosen und Einkommensarmen. Diese Mentalitäten sind in der Tat, wie Kurt Beck richtig sagte, weit weg von jedweder Aufstiegsmentalität. Viele Menschen richten sich dort resigniert in ihrer Lage ein. Sie betäuben sich im Mediengenuss und perfektionieren die Erlangung von Transferleistungen. Diese „subjektiven“ Mentalitäten tragen neben den „objektiv“ miserablen Berufschancen Langzeitarbeitsloser und gering Qualifizierter dazu bei, dass ein gewisser Bevölkerungsteil aus seiner Situation immer seltener herauskommt. Diese Erscheinungen kann man im Sinne exakter

soziologischer Begrifflichkeit nur als allmähliche Herausbildung einer Unterschicht bezeichnen.

Dies bringt immer mehr Sozialwissenschaftler zur Auffassung, dass es nicht nur nicht ausreicht, sondern oftmals geradezu kontraproduktive Wirkungen hat, die entstehende Unterschicht nur finanziell zu unterstützen. Wenn es bei Geldleistungen bleibt, lässt man Menschen erst recht in resignative Mentalitäten hineingleiten, macht sie abhängig und immobil. Ein ausschließlich versorgender Wohlfahrtsstaat kauft diesen Menschen ihre Aufstiegshoffnungen ab. Er fördert damit die sozialen Probleme, die er doch lösen soll. Und der zahlende Rest der Bevölkerung wiegt sich in der Meinung, in unserem Land werde doch gegen Armut und Ausgrenzung geradezu vorbildlich vorgegangen.

Weit wirkungsvoller wäre es, mit diesen Menschen aufstiegsorientierte Verhaltensweisen zu trainieren und die Mitwirkung an diesem Training zur Voraussetzung wenigstens eines Teils der finanziellen Versorgung zu machen. Von der Familienhilfe über Medienkompetenz und Weiterbildung bis hin zur nachbarschaftlichen und beruflichen Integration bieten sich hier viele Maßnahmen an. Sie allein als Aufgabe staatlicher Stellen zu betrachten, ist ebenso illusionär wie gefährlich und bequem.

Übrigens ist ein Rückgang der Aufstiegsmentalität auch bei vielen anderen Menschen zu bemerken, die durchaus nicht arm sind und keinesfalls einer „Unterschicht“ zugerechnet werden können. Viele Industriearbeiter, die derzeit (noch?) einigermaßen auskömmlich in Lohn und Brot stehen, befinden sich nur noch in der Defensive. Sie sind immer öfter schon zufrieden, wenn sie ihren Arbeitsplatz behalten können. Die großen Aufstiegsträume sind auch dort ausgeübt. Die Leistungsgesellschaft, verstanden als offensive individuelle Bemühung um sozialen Aufstieg, gibt es auch da immer weniger.

Unter einer „Klasse“ versteht man in der deutschsprachigen Soziologie eine soziale Gruppierung, die sich aufgrund ihrer Stellung im Arbeits- bzw. Wirtschaftsleben in einer bestimmten Lage befindet und hieraus bestimmte Interessen entwickelt, die den Interessen anderer Klassen entgegenstehen. Eine soziale Klasse ist so eine Gruppierung, die offen oder verborgen im Konflikt mit anderen Gruppen steht.

Klassen in diesem Sinne gibt es in Deutschland durchaus, beispielsweise organisierte Arbeitnehmer versus organisierte Arbeitgeber. Aber sicher ist, dass die sich immer deutlicher herausbildende Unterschicht keine soziale Klasse ist. Die entstehende Unterschicht schmiedet keine Pläne zur Rebellion. Sie kämpft nicht gegen andere Klassen, sie will oft noch nicht einmal mehr Aufnahme in andere Schichten finden, sie richtet sich nur noch ein.

Kommen wir zur dritten Frage: Sollte man die immer deutlicher sichtbare und soziologisch korrekt benannte Unterschicht auch in Politik und Öffentlichkeit als „Unterschicht“ bezeichnen? Ich meine, ja.

Für mich als Soziologen war es im Laufe der „Unterschicht-Debatte“ zunächst einmal aufschlussreich zu erfahren, dass die political correctness, oder besser: die Schönrederei nun auch beim Begriff der Schicht und besonders der Unterschicht angekommen ist. Dabei war es einerlei, ob die öffentlich Redenden über die Definitionskriterien sozialer Schichten und über die mit diesem Begriff angesprochenen empirischen Sachverhalte Bescheid wussten oder nicht. Viele

hielten allein schon den Ausdruck „Schicht“ oder gar „Unterschicht“ für anstößig. Sie gaben vor, die Betroffenen nicht verletzen zu wollen. In Wirklichkeit meinten sie wohl: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Es darf einfach nicht sein, so dachte wohl auch Herr Müntefering, dass nach jahrzehntelanger Sozialpolitik, die immer noch ein Drittel unseres Bruttoinlandsprodukts kostet, Schichten existieren. Dass sogar eine neue Unterschicht im Entstehen begriffen ist.

Dabei ist dieser Begriff doch seit langem Bestandteil einschlägiger soziologischer Lehrbücher und Seminare. Der Begriff Unterschicht wird, wie wir Soziologen seit langem aus Befragungen wissen, in der Tat von den Menschen nicht goutiert. Viele vermeiden es, sich in Befragungen einer „Unterschicht“ zuzuordnen. Aber der Begriff trifft gegebenenfalls die Sachverhalte genau. Er ist wesentlich präziser und taugt für sozialpolitische Diagnosen und Ansatzpunkte der Sozialarbeit wesentlich besser als wachsweiße, individualisierende Ausdrücke wie etwa „Menschen mit sozialen Problemen“ oder „sozial Schwache“. Es wäre m. E. gut, nicht nur in der sozialwissenschaftlichen Diskussion, sondern auch in der öffentlichen Debatte die Probleme beim Namen zu nennen. Die finanzielle, soziale und mentale Lage eines Langzeitarbeitslosen wird nicht besser, wenn wir ihn statt zur „Unterschicht“ zu den „sozial Schwachen“ rechnen. Und man kann bezweifeln, ob dieser Ausdruck letzten Endes unzutreffende Vorurteile verhindert. Die Verlogenheit fördert er gewiss.